

Erläuterungen und allgemeine Fragen zur verbindlichen Erklärung für die Festsetzung von Elternbeiträgen

Kindergarten und Tagespflege

1. Höhe der Elternbeiträge

Wie hoch ist der Beitrag für die Kindertagespflege bzw. die Kindertageseinrichtung?

Die Höhe der Elternbeiträge ergibt sich aus der Elternbeitragssatzung der Stadt Ibbenbüren. Die Beitragstabelle sieht eine Staffelung nach dem Einkommen und dem Betreuungsumfang vor (Tabelle siehe Seite 4). Die Beitragstabelle wird jährlich angepasst.

Was muss ich zahlen, wenn ein Geschwisterkind gleichzeitig die Kindertagespflege in Anspruch nimmt oder eine Kindertageseinrichtung besucht?

Besucht mehr als ein Kind einer Familie oder eines Elternteils gleichzeitig eine Kindertageseinrichtung oder nimmt ein Angebot der Kindertagespflege in Anspruch, so muss nur ein Elternbeitrag gezahlt werden. Ergeben sich unterschiedlich hohe Beiträge, so ist der höhere Beitrag zu leisten.

Was muss ich zahlen, wenn ein Kind sowohl in einer Kindertageseinrichtung als auch zusätzlich ein Angebot der Kindertagespflege in Anspruch nimmt?

Soweit die Kindertagespflege ergänzend zu einer institutionellen Betreuung (Kindertageseinrichtung) stattfindet, werden die Elternbeiträge für die vertraglich vereinbarten Gesamt-Betreuungsstunden erhoben.

Gibt es beitragsfreie Kindergartenjahre?

Ja. Kinder, die bis zum 30. September das vierte Lebensjahr vollendet haben, sind ab Beginn des im selben Kalenderjahr beginnenden Kindergartenjahr bis zur Einschulung beitragsfrei.

2. Berechnung des Elterneinkommens

Für alle Einkommensarten gilt: Angerechnet wird die Summe der positiven Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 Einkommensteuergesetz (EStG). Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkommensarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig. Lebt das Kind nur mit einem Elternteil zusammen, wird nur dessen Einkommen angerechnet.

Wie berechnet sich das Einkommen bei Nichtselbständigen?

Zu Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit gehören Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen und andere Bezüge oder Vorteile, die für eine Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Dienst gewährt werden. Zu den Einkünften zählen insbesondere das monatliche Bruttogehalt inkl. Zuschlägen (z.B. für Überstunden), Versorgungsbezüge, vermögenswirksame Leistungen, Provisionen und einmalige oder laufende Zahlungen, wie z. B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Von den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit ist ein Arbeitnehmer-Pauschalbetrag in Höhe von 1.200 € (vor dem 01.01.2022 i.H.v. 1.000 €) abzuziehen, wenn nicht höhere Werbungskosten nachgewiesen werden. Bei Renteneinnahmen kann ein Pauschalbetrag für Werbungskosten von 102 € abgezogen werden. Bei steuerfreien Einkünften werden keine Werbungskosten abgezogen.

bei Selbständigen?

Einkünfte sind bei Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit der Gewinn, bei den anderen Einkunftsarten nach

§ 2 Abs. 1 EStG die Bruttoeinnahmen abzüglich der Werbungskosten. Nachweis ist der Einkommensteuerbescheid oder (vorläufig) eine Gewinn- und Verlustrechnung des Steuerberaters / der landwirtschaftlichen Buchstelle.

bei Beamten und Mandatsträgern?

Bei Beamten oder Personen, die aufgrund ihres Beschäftigungs- oder Mandatsverhältnisses einen Altersversorgungsanspruch haben, ohne entsprechende Beiträge zur Altersversorgung zu leisten, wird dem Einkommen ein Zuschlag von 10 % hinzugerechnet. Mit dieser Regelung sollen die Bruttoeinkünfte von Beamten und Angestellten vergleichbar gemacht werden. Wichtig: Steuerfreie Einkünfte, Unterhaltsleistungen für die Beitragspflichtigen und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird sowie Geldleistungen, die dem Zweck der Kinderbetreuung dienen, sind hinzuzurechnen. Auch Einkünfte aus geringfügiger Tätigkeit - sog. 450,-€-Jobs - sind als Einkommen anzurechnen.

Was kann vom Einkommen abgezogen werden?

- Nachgewiesene Werbungskosten; ohne Nachweis wird der Pauschbetrag in Höhe von 1.200 € (vor dem 01.01.2022 i.H.v. 1.000 €) abgezogen; bei Einkünften aus geringfügiger Beschäftigung (sog. 450,- € Jobs) kann die Werbungskostenpauschale nicht abgezogen werden
- Kinderfreibeträge und Freibeträge für Betreuung, Erziehung und Ausbildung ab dem dritten Kind
- Kinderbetreuungskosten werden als Sonderausgaben berücksichtigt Geben Sie bitte Ihre Kinder an, für die Kindergeld gezahlt, bzw. für die ein Kinderfreibetrag berücksichtigt wird. Grundsätzlich werden nur die Kinder berücksichtigt, die mit den Freibeträgen in Ihren Gehaltsnachweisen eingetragen sind.

Für welchen Zeitraum soll ich mein Einkommen nachweisen?

Der Elternbeitrag richtet sich grds. nach dem Bruttojahreseinkommen. Maßgeblich ist das Kalenderjahr, in dem Sie den Kostenbeitrag entrichten müssen. Das Vorjahreseinkommen kann nur zugrunde gelegt werden, wenn es sich im Vergleich zum aktuellen Einkommen nicht verändert hat. Als Nachweis sind die letzte Dezember-Abrechnung und der Einkommensteuerbescheid vorzulegen. Sollte sich später herausstellen, dass das aktuelle Einkommen doch einer anderen Einkommensgruppe zuzuordnen ist, als das Vorjahreseinkommen, so wird der korrekte Elternbeitrag rückwirkend neu festgesetzt. Ist das aktuelle Einkommen voraussichtlich höher oder niedriger, so wird das Monatseinkommen auf ein Jahr hochgerechnet. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und andere Einmalzahlungen (z. B. Leistungszulagen) werden hinzugerechnet. Legen Sie bitte die Gehaltsabrechnungen der letzten drei Monate vor. Entgeltersatzleistungen (ALG I, Krankengeld etc.) weisen Sie bitte mit der jeweiligen Bescheinigung nach. Sollte das Jahreseinkommen noch nicht bestimmbar sein oder nah an einer Einkommensgrenze liegen, wird der Elternbeitrag vorläufig festgesetzt.

Ich habe kein konstantes monatliches Einkommen!

Für den Fall, dass ein Monatseinkommen nicht bestimmbar ist (z. B. bei Selbständigen, Landwirten und Gewerbetreibenden), ist das zu erwartende Jahreseinkommen des laufenden Kalenderjahres zugrunde zu legen (Schätzung oder Vorausberechnung). Es wird dann ein Bescheid erstellt, der rückwirkend geändert wird, wenn der endgültige Nachweis über die erzielten Einkünfte vorliegt. Wenn Ihr aktuelles Einkommen sich im Vergleich zum vorangegangenen Kalenderjahr nicht verändern wird, kann das Einkommen des Vorjahres zugrunde gelegt werden.

Muss ich Beiträge zahlen, wenn ich Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II, SGB XII, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehe?

Sollten Sie Leistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II / Sozialgeld), Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kap SGB XII oder Grundsicherungsleistungen nach dem 4. Kap. SGB XII oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Wohngeld nach dem WoGG oder Kinderzuschlag nach dem BKGG beziehen, so wird kein Elternbeitrag erhoben. Es ist jedoch erforderlich, dass Sie dies in der verbindlichen Erklärung angeben und durch Vorlage des vollständigen Bewilligungsbescheides nachweisen.

Kann mir der Elternbeitrag erlassen werden?

Auf Antrag werden die Elternbeiträge ganz oder teilweise erlassen, wenn Ihnen und dem Kind die Belastung nicht zuzumuten ist. Ob die Belastung zumutbar ist, wird mit Hilfe der sozialhilferechtlichen Bestimmungen festgestellt. Den Antrag auf Erlass oder Ermäßigung des Elternbeitrages können Sie stellen, sobald Ihnen ein Festsetzungsbescheid vorliegt. Den entsprechenden Antrag erhalten Sie auf Anfrage unter elternbeitraeg@ibbenbueren.de. Wenn der Antrag auf Erlass oder Ermäßigung erst nach Rechtskraft des Kostenfestsetzungsbescheides gestellt wird (später als einen Monat nachdem Sie den Festsetzungsbescheid erhalten haben), wird der Elternbeitrag erst ab Anfang des Monats erlassen, in dem der Antrag bei der Stadt Ibbenbüren eingeht.

Welche Mitwirkungspflichten habe ich?

Änderungen Ihres Einkommens während des Bewilligungszeitraums müssen Sie dem Jugendamt der Stadt Ibbenbüren unverzüglich mitteilen! Sollte sich nach Prüfung Ihrer Unterlagen nachträglich ergeben, dass die gemachten Angaben falsch sind, wird der korrekte El-

ternbeitrag für den gesamten Zeitraum nachgefordert. Legen Sie die Einkommenserklärung oder die geforderten Nachweise nicht vor, wird der höchste Elternbeitrag bis zur vollständigen Vorlage der Unterlagen festgesetzt. Unrichtige oder unvollständige Angaben zum Einkommen stellen eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einem Bußgeld bis 1.000 € geahndet werden können (Elternbeitragssetzung). Wissentlich falsche oder unvollständige Angaben können strafrechtlich verfolgt werden.

Beitragstabelle ab 01.08.2022

Jahres- einkommen	Betreuungszeiten										
	10 Std.	15 Std.	20 Std.	25 Std.	30 Std.	35 Std.	40 Std.	45 Std.	50 Std.	55 Std.	
bis 25.000 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
bis 37.000 €	49,63 €	52,74 €	55,87 €	59,21 €	62,45 €	65,81 €	84,16 €	102,62 €	119,39 €	139,17 €	
bis 49.000 €	83,80 €	87,51 €	91,96 €	97,33 €	102,87 €	107,90 €	138,35 €	168,44 €	199,12 €	229,44 €	
bis 61.000 €	129,82 €	137,26 €	145,54 €	154,07 €	162,54 €	171,07 €	214,45 €	257,98 €	301,50 €	345,12 €	
bis 73.000 €	171,17 €	181,61 €	192,16 €	202,71 €	213,27 €	223,81 €	283,04 €	342,27 €	401,00 €	460,10 €	
bis 85.000 €	214,72 €	225,96 €	238,44 €	250,06 €	262,54 €	275,13 €	315,53 €	430,39 €	502,89 €	527,47 €	
bis 97.000 €	249,24 €	262,07 €	274,53 €	288,30 €	302,22 €	315,87 €	394,15 €	472,56 €	539,47 €	563,43 €	
über 97.000 €	283,27 €	304,25 €	314,74 €	340,97 €	356,71 €	372,44 €	445,88 €	529,82 €	592,78 €	624,24 €	